

Wieder kein Geld für den Bremecker Hammer – kommt bald der Abrissbagger?

Jupp Filipek, DIE LINKE

DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid setzt sich als einzige Partei seit Jahren für den Erhalt, Sanierung und Neubetrieb des Industriedenkmals Bremecker Hammer ein. Die Kosten dafür werden von der Verwaltung auf insgesamt 4,1 Millionen geschätzt. Der Bremecker Hammer ist ein Kulturdenkmal und unter Denkmalschutz gestellt. Die Stadt Lüdenscheid als Besitzer der Immobilie ist von daher gesetzlich zur Substanzerhaltung verpflichtet. Wir haben im Rat für den Haushalt im letzten Jahr die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 1,6 Millionen beantragt. Mit der Stimme des Bürgermeisters und aller anderen Parteien wurde unser Antrag abgelehnt. Was für jeden Bürger, der Besitzer einer solchen denkmalgeschützten Immobilie gilt, nämlich zu erhalten, scheint für den städtischen Besitz nicht zu gelten. Das können und werden wir nicht akzeptieren. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger und Historiker und Fachkundige im Denkmalschutz setzen sich teilweise öffentlich für die Restaurierung des Hammers ein. Aber die Ampel im Rat der Stadt bleibt knochenhart. Erneut sind im Haushalt der Stadt Lüdenscheid für dieses Jahr keine Sanierungsmittel vorgesehen. Wen das so weiter geht, steht bald der Abbruchhammer im Bremecketal.

Das können und werden wir nicht akzeptieren. Wir werden für den kommenden Haushalt erneut einen Antrag für die Erhaltung des Hammers stellen.



Liebe Leserinnen und Leser, die Lünscher Stattzeitung können wir leider nicht flächendeckend in Lüdenscheid verteilen. Die Zustellung erfolgt ehrenamtlich und durch unsere finanziellen Mittel ist die Auflage begrenzt. Wir können daher nicht zusichern, dass auch die nächste Ausgabe in ihrem Briefkasten liegt.

Es ist aber möglich, die Lünscher Stattzeitung im digitalen PDF-Format zu beziehen. Eine kurze Mail an news@ersching.info reicht und Sie werden regelmäßig versorgt.

Auch Meinungen und Hinweise zur aktuellen Ausgabe, die uns als Redaktion sehr interessieren, können an diese Adresse gesandt werden.



Otto Ersching



Theo Klein



Jupp Filipek



Sascha Fotiadis



Daniela Eichstädt



Claudius Bartsch (ÖDP)



Magrit Schade



Frank Tielke

Unsere Autor*innen-Team

Haushalt 2024 der Stadt Lüdenscheid – erneut geprägt von Stillstand und Perspektivlosigkeit

Jupp Filipek

Die jahrzehntelange Wirtschaft-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik im Interesse des großen Kapitals in diesem Lande, die drastische Verringerung der Unternehmenssteuern, die Etablierung eines Niedriglohnssektors, die Verarmung vieler Menschen durch die Einführung von Hartz IV haben dieses Land maßgeblich verändert. Von einem Sozialstaat – wie unser Grundgesetz fordert – kann längst nicht mehr geredet werden. In einem der reichsten Länder der Welt grassiert eine zunehmende Armut. Viele Kinder sind davon betroffen. Viele Untersuchungen zeigen anschaulich, dass ihnen der Zugang zu höherer Bildung immer mehr ver-schlossen wird. Der Anteil der Arbeiterkinder an Abi-

tur und Studium ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr zurückgegangen. Die wirtschafts- und sozialpolitische Lage Deutschlands im Frühjahr 2024 ist durch Konzeptionslosigkeit, Unsicherheit und Chaos gekennzeichnet. Diese Politik führt zu Unsicherheit, Angst vor einer ungewissen Zukunft und treibt der rechten Extremen AfD die Wähler zu. Kommunen wie die Stadt Lüdenscheid können da wenig gegensteuern. Ihre finanzielle Ausstattung ist so unzureichend, dass sie außerstande sind, die notwendigen Aufgaben, die sich stellen, nicht mehr erfüllen können. Öffentliche Infrastruktur wie Straßen und Gebäude werden über Jahrzehnte nicht ordentlich instandgehalten. Der marode Innenstadttunnel und die Unfähigkeit, ihn in angemessener Zeit zur sanie-

ren, ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Spekulanten und Finanzjongleure geben den Immobilien wie das Forum und das Peek u. Cloppenburg Gebäude am Eingang der Wilhelmstraße dem Zerfall preis. Saniert wird nur, „wenn die Kohle überkommt“. Wie im Fall des Sauerlandcenter, wo Jobcenter und die Stadt Lüdenscheid die Profite des Investors durch langfristige Mietverträge sichern. Zehn Jahre von 2012 – 2022 war die Stadt Lüdenscheid Haushaltssicherungskom-mune, weil die Ausgaben teilweise millionenfach höher als die Einnahmen waren. Ein Jahr, nämlich im letzten Jahr, galt diese Zwangs-jacke nicht. In diesem Jahr wird vom Kämmerer ein Haushaltsdefizit von 29 Millionen € prognostiziert. Im nächsten Jahr sollen es so-

gar 35 Millionen sein. Und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Wie in vielen anderen Kommunen auch, kann sich die Stadt Lüdenscheid in dieser katastrophalen Situation nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Das muss auch der Kämmerer in seinem Vorbericht zugeben, wenn er feststellt: „Die erheblichen Verschlechterungen ergaben sich überwiegend aus externen, nicht durch die Stadt Lüdenscheid beeinflussbaren Faktoren“ und weiter: „Der Haushaltsausgleich wird somit trotz Berücksichtigung von Spar-Haushalts-sicherungsmaßnahmen in den kommenden Jahren erheblich verfehlt.“ Die finanziellen Probleme können von daher nicht satzweise auf kommunaler Ebene gelöst werden. Das Land aber insbesondere

die Bundesregierung muss zum Umsteuern in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik gezwungen werden. Das sind die gleichen politischen Kräfte nämlich SPD, FDP und GRÜNE, die auch in Lüdenscheid die politische Verantwortung tragen. Das passiert aber bedauerlicherweise nicht. Es wird wieder auf die fruchtlosen Konzepte der Vergangenheit zurückgegriffen. Die Hamelei wird fortgesetzt. Der vom Kämmerer und Bürgermeister für dieses Jahr vorgelegte Haushaltsentwurf ist erneut von Stillstand und Perspektivlosigkeit geprägt. Zum Schaden der Stadt und ihrer Bewohner. Wir werden eine solche verfehlt Politik nicht mit-tragen.

Lüdenscheider Forum mit den Bürgern entwickeln

Claudius Bartsch, ÖDP

Das marode „Forum“, stand viele Jahre leer. Die bisherigen Eigentümer wollten es nicht verkaufen. 2023 dann doch, an die Stadt Lüdenscheid. Seit dem 1. Januar ist die „Stadtentwicklungsgesellschaft“ mit der „Projektierung und Betreuung“ des Forums beauftragt. Durch „ergebnisoffene Diskussion“ solle etwas „Tolles für Lüdenscheid“ entwickelt werden, „bei-

der die Bürger frühzeitig mit ins Boot geholt werden“, so Bürgermeister Wagemeyer. Zur tatsächlichen Umsetzung dieser Ankündigung haben die Fraktion DIE LINKE und das ÖDP-Ratsmitglied Claudius Bartsch, im Rat den Antrag „Bürgerbeteiligung Forum“ gestellt. Die Entwicklung ist ein wichtiger Baustein für die Innenstadtgestaltung. Die „Projektierung“, die zukünftige Nutzung und Bebauung soll sich an den gesellschaftlichen Interessen

orientieren, nicht an Profitinteressen privater Investoren. Eine „Hinterzimmer Entscheidung“ lehnt die ÖDP und DIE LINKE ab. In der Realität der parlamentarischen Demokratie kommen nur Wahlen zum Zuge. Abstimmungen auf Bundesebene sind ausdrücklich nur für zwei Fälle vorgesehen: für eine eventuelle Neuordnung der Landesstruktur und für den Fall, dass sich die Bundesrepublik eine neue Verfassung geben sollte. Die BRD ist

nach Verfassungslage de facto eine rein repräsentative Demokratie. Echte Bürgerbeteiligung ist direktdemokratische Teilhabe außerhalb des Parlaments. Durch z. B. Volksanträge, Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, denen aber auf kommunaler und Landesebene hohe Hürden gesetzt wurden. Als „Selbstwirksamkeit“ des Souveräns, des Volkes. Die fördert „Demokratiezufriedenheit“.

Wirkt der Meinung entgegen, als Volk wenig oder gar nichts zu sagen zu haben, weil „die da oben“ sich um das Volk „nicht kümmern“. Unsere Demokratie ist derzeit durch Rechtsextremismus in größter Gefahr. Es gilt daher, Demokratie durch vielfältige Formen von Bürgerbeteiligung zu stärken und nicht durch nichtssagende „Killerphrasen“ abzulehnen.

Impressum

DIE LINKE.Lüdenscheid
Albrechtstraße 2
58507 Lüdenscheid
www.dielinke-maerkischer-kreis.de

Sprecher:

Otto Ersching
01525 1017418
otto.ersching@dielinke-luedenscheid.de

Organisation/Koordination/Be-

arbeitung:
Otto Ersching
01525 1017418
otto.ersching@dielinke-luedenscheid.de

Richtig ist,

dass auf Anweisung der Bezirksregierung Tempo 30 an der vorderen Parkstraße aufgehoben werden musste.

Konsequenz daraus, ein ansehnlicher Baum musste wegen des neuen Radschutzstreifen aus verkehrsrechtlichen Gründen gefällt werden.

Falsch ist,

dass die Entscheidung von einem Schreibtisch in Arnsberg gefällt und der zuständige Sachbearbeiter die Anweisung hatte, den gesunden Menschenverstand dabei auszuschalten.

Richtig ist,

dass die FDP gar nicht erst verschleierte, dass sie die Interessenvertretung von Unternehmern, den sogenannten Mittelstand wie Apotheker, Rechtsanwälte und selbstständigen Architekten ist. Das zeigt sich z. B. aktuell daran, dass sie eine Kindergrundsicherung verhindert, eine Kindergelderhöhung ablehnt, aber den für ihr reiches Klientel günstigeren Kinderfreibetrag erhöhen will.

Falsch ist,

dass die FDP das damit begründet, dass die Ansprüche von Kindern aus reichen Elternhäusern automatisch auch höhere Ansprüche stellen, die schließlich erfüllt sein wollen.

Richtig ist,

dass der CDU Vorsitzende Oliver Fröhling im Lüdenscheider Rat den dortigen Linken Klassenkampf und Populismus vorwirft. Nicht nur die CDU Fraktion, sondern auch die Ratsdamen und -herren schlagen sich vor Begeisterung auf die Schenkel.

Falsch ist,

dass er Otto Ersching und Jupp Filipek damit beeindruckt. Die von ihnen in der nächsten Ratssitzung gestellte Anträge sind bereits in Vorbereitung.

Buchladen im LiZ

In Zeiten von Krieg, Umweltzerstörung, Hunger und Ungerechtigkeit in der Welt, werden Abläufe und Hintergründe, Ursachen dieser Phänomene und ihre Auswirkungen für Mensch immer undurchschaubarer. Die bürgerlichen Medien tragen weniger dazu bei, die Abläufe und Tragödien in der Welt erklärbar zu machen. Im Gegenteil. Die Formierung der öffentlichen Meinungsbildung wird immer unerträglicher. Seriöse Berichterstattung wird durch Meinungsmache ersetzt. Wer sich gegen Wirtschaftskrieg, Waffenlieferungen an die Ukraine widersetzt, wird niedergemacht. Krieg im Nahost? – wer Kritik an der rechtsgerichteten israelischen Regierung äußert, wird als Antisemit denunziert.

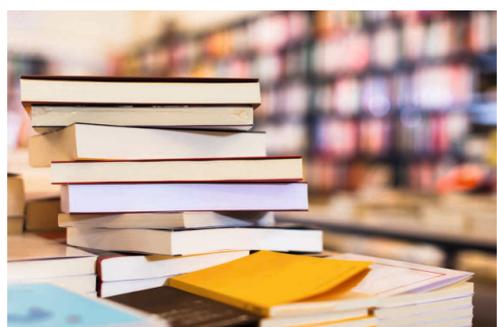
Aufklärung und das Wissen um die wirklichen Zusammenhänge sind dringend notwendig. Dazu will der Buchladen im Linken Zentrum in Lüdenscheid seinen Beitrag leisten.

Autoren aus verschiedenen Buchverlagen schreiben gegen den Mainstream an und helfen, die eigenen Interessen zu erkennen.

Aktuelle politische Literatur des Papy Rossa Verlages, vom Verlag 8. Mai, vsa Verlag und Neue Impulse Verlag werden in unserem Buchladen angeboten.

Das wir den Laden nur ehrenamtlich betreiben, sind die Öffnungszeiten leider noch sehr begrenzt. In der Regel mittwochs von 11 – 13 Uhr und freitags 18 – 20 Uhr.

Weitere Termine können unter der Nummer 017654185318 vereinbart werden



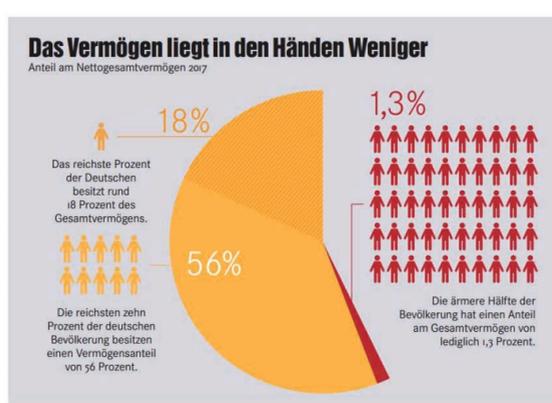
Armutsbekämpfung ist öffentliche Aufgabe

Insgesamt besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte zusammen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, netto, also abzüglich Schulden. Die unteren 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa neun Prozent aller Haushalte haben negative Vermögen, sie sind verschuldet.

Unser Land ist mit zahlreichen und komplexen Zukunftsaufgaben konfrontiert, die eine drastische Verbesserung der finanziellen Ausstattung erfordern. Dazu ist eine Steuer- und Finanzpolitik notwendig, die die großen Unternehmen und die Reichen in diesem Lande einer deutlich stärkeren Besteuerung unterlegt.

Die extreme ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland hat sich gerade oder trotz der Pandemie weiter verschärft. Die Schere zwischen Arm und Reich ist noch weiter auseinander gegangen. Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen über 65 % - und das wohlhabendste 1 %

über mehr als 30 % des Ge-



samtvermögens. Dagegen haben die unteren 50 % der Bevölkerung kein Vermögen, immer mehr Menschen müssen sich verschulden.

Die exorbitanten Gewinne können gar nicht mehr verschleiert werden. So schreiben die Lüdenscheider Nachrichten im Wirtschafts- teil: „DAX-Konzerne erwirtschafteten Rekordgewinne“ (28 % Gewinnsteigerung im dritten Quartal des Vorjahres), ThyssenKrupp zahlt Dividende (Gewinnsteigerung von 800 Mill. auf 2,1 Mill. €), und „Siemens macht Milliarden-Gewinn.“

„Da kommt Champagner-Laune auf – mitten in der

Krise“ schreibt am 16.11.22 die Süddeutsche Zeitung und berichtet das dem Luxuskonzern LVMH wegen enormer Umsatzsteigerungen der Champagner ausgeht. Die Marken Dom Pérignon (ab 160 € die Flasche) und Krug (ab 190 € die Flasche) sind nicht mehr zu haben. Lediglich die Marke Moët (40 € und auch im Supermarkt erhältlich) ist noch lieferbar.

„Die Reichen der Welt sehnen sich gerade nach: Party,“ kommentiert die Süddeutsche. Unermesslicher Reichtum auf der einen Seite steht zunehmende Armut auf der anderen Seite gegenüber.

Nach dem aktuellen Demografie Bericht der Verwaltung ist jeder zehnte Einwohner in Lüdenscheid unter 65 Jahren auf Hartz-IV angewiesen. Und der in der heutigen Sitzung noch zu behandelnde Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt stellt fest:

„Die Stadt Lüdenscheid ist im Vergleich zu den anderen großen kreisangehörigen Kommunen in NRW durch hohe Jugendarbeitslosigkeit, den hohen Anteil der Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug sowie dem hohen Wert bei den Schulabgängern ohne Schulabschluss soziostrukturell belastet. Sie gehört in der Belastungsklasse 2 zu den 17 Kommunen, die eine hohe Kinderarmut zu verzeichnen haben.

„Mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 5,2 % positioniert sich die Stadt Lüdenscheid im interkommunalen Vergleich in dem Viertel mit den höchsten Werten.

Die jetzige Krise verlangt von vielen Menschen einiges ab. So sind die Kosten für Energie um ca. 40% und

die Preise für Lebensmittel um 20% gestiegen. Eine wirkliche Entlastung seitens des Bundes ist nicht in Sicht. Das Bürgergeld, welches ab dem kommenden Jahr anstelle von Hartz-IV kommt, fängt diese Preissteigerungen nicht mal im Ansatz auf. Denn, die Menschen, die auf Hartz-IV oder Sozialgeld angewiesen sind, leiden am meisten unter der Politik der Ampel.

Unsere Anträge, die das Ziel haben, mit den kommunalen Möglichkeiten die Situation der unter den Preissteigerungen besonders stark betroffenen Menschen zu lindern, wurden von allen Fraktionen leider abgelehnt.

Wir sind der Meinung das gerade diese Probleme in den Mittelpunkt der kommunalen Politik gehören. Das passiert leider nur unzureichend. Der politische Blick verengt sich leider viel zu sehr auf Maßnahmen, für die es eine Landesförderung gibt.

Stadtentwicklungsgesellschaft - Entmachtung des Rates hat Demokratieabbau zur Folge

Otto Ersching

Seit 2019 will die Verwaltung und die Mehrheit der Parteien eine sogenannte Stadtentwicklungsgesellschaft gründen. Dieses Vorhaben der Privatisierung öffentlicher Aufgaben in eine GmbH wurde Ende 2023 mit der Mehrheit der Parteien im Lüdenscheider Rat endgültig besiegelt. Einzig DIE LINKE hat gegen diese Gesellschaft gestimmt.

Stadtentwicklung findet nicht mehr öffentlich in den gewählten Gremien, wie dem Planungsausschuss, statt, sondern in einer GmbH. Der Aufsichtsrat tagt nicht öffentlich. Entscheidungen trifft weitgehend der Vorstand. Bürgerbeteiligungsverfahren



können ohne weiteres abgeschmettert werden. Der Aufsichtsrat hat lediglich Beratungs- und Kontrollrechte. Verbindliche Vorgaben sind weder von ihm

noch von dem zu gründen- den Beirat vorgesehen.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist ein weiteres Beispiel für die Entdemokratisierung und Privatisierung

öffentlicher Aufgaben. Wohin das führt, ist an vielen Beispielen zu sehen – z.B. Deutsche Bahn und Post. Denkbar schlecht ist die Gründung auch im Hinblick

auf den Kauf des Forums durch die Stadt. Was dort entsteht, liegt nicht mehr in der Hand der Bürger*innen und der Politik. Darüber entscheiden allein die Gesellschafter der Stadtentwicklungsgesellschaft. Das wird auch mit der Ruine von Peek&Cloppenburg passieren.

Deshalb stellt DIE LINKE die Frage: „Wem gehört die Stadt?“, so ist auch der Titel des Kommunalwahlprogrammes. Die Antwort liefert die Partei gleich mit: „ALLEN Menschen gehört die Stadt, nicht nur den Vermögenden“. Kapitalinteressen haben zurückzustehen. Die Bedürfnisse einer lebenswerten Stadt müssen im Mittelpunkt stehen. Dafür werden wir weiter kämpfen.

Fehlende Investitionen in die Infrastruktur rächt sich jetzt – Brückenausfall an der Tagesordnung

und und Land haben seit Jahrzehnten eine Sparpolitik betrieben, die sich jetzt rächt. Bereits Ende 2021 fiel die Rahmedetalbrücke zwischen Lüdenscheid-Mitte und Lüdenscheid-Nord aus. Lüdenscheid ist seitdem von einem Verkehrschaos betroffen, das man

so noch nicht kannte. Bewohner*innen an der Umleitungsstrecke sind Lärm, Abgasen und Feinstäuben ausgesetzt, erste Krankheitsbilder – physisch und psychisch – machen sich bemerkbar. Ein Durchfahrtsverbot hat ein wenig Linderung gebracht. Aber die einschneidenden Maß-

nahmen, wie der Brückenschwächer, werden nicht umgesetzt.

Dann, letztes Jahr, viel die nächste Brücke aus, direkt im Stadtgebiet Altena. Eine mögliche Umleitungsstrecke für viele, die nach Iserlohn oder Menden fahren wollten. Und, vor einigen Tagen viel die nächste Brücke

aus – die Lennebrücke kurz vor Nachrodt. Damit ist es nicht mehr möglich, von Altena nach Iserlohn zu fahren. Viele Menschen sind seitdem von Geschäften in Altena abgeschnitten. Einzig eine schwimmende Fußgängerbrücke wurde in einem rekordverdächtigen Tempo errichtet.

Das Kaputtsparen von gesellschaftlich wichtiger Infrastruktur muss endlich aufhören. Die Gelder, die an anderer Stelle, wie Rüstung, ausgegeben werden, müssen u.a. für solche Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Wohnungsbau ist öffentliche Aufgabe

Der Wohnungsmarkt ist auch in Lüdenscheid seit Jahren angespannt. Nach einer von der Stadt Lüdenscheid in Auftrag gegebenen Studie müssen jährlich 100 – 130 Wohneinheiten neu gebaut werden. Es fehlen insbesondere preisgünstige Wohnungen. Altersgerechte Wohnungen werden dringend gebraucht. Eine von der Stadt in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Zahl der Sozialwohnungen von 2369 (2016) auf 1846 Wohnungen (2025) reduziert hat. 2030 werden es danach nur noch 1686 Wohnungen sein.

Es besteht also ein dringender Handlungsbedarf. Im neu entstehenden Wohngebiet sind von privaten Investoren neben dem Bau von Eigentumswohnungen auch eine Reihe von Sozialwohnungen geplant. Das begrüßen wir ausdrücklich. Das reicht aber bei weitem nicht.

Hier ist die kommunale Politik gefordert. Die Lüdenscheider Wohnungsgesellschaft (LüWo), die hundertprozentige Tochter der Stadt Lüdenscheid, versagt hier aber völlig. Seit Jahren Fehlanzeige beim Bau neuer Wohnungen. Dagegen ein umfangreicher Verkauf von Wohnungen, teilweise, an Miethäuser wie die Vonovia, und unzureichender Substanzerhaltung und Sanierung des Wohnungsbestandes.

Seit 2019 besteht die Absicht einen Großteil der Häuser Am Grünewald abzureißen und durch attraktive Neubauten zu ersetzen. Zahlreiche preisgünstige Wohnungen stehen leer. Abriss oder Neubau, darüber wird hinter verschlossenen Türen seit Monaten debattiert.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat darauf keinen Einfluss. Wenn überhaupt können die Mitglieder des Aufsichtsrates wie z. B. der Multifunktionsär Fabian Ferber und die ehemalige Präsidentin des Lüdenscheider DRK, Susanne Mewes, dabei mitreden.

Eine Entscheidung wurde im letzten Jahr von Sitzung zu Sitzung verschoben. Eine Anfrage im Rat von uns im Mai letzten Jahres wurde nur unzureichend beantwortet. Seit dieser Zeit ist viel passiert in Stadt und Land. Ob es auch bei der LüWo etwas Neues gibt? Wir haben in der Ratssitzung am 22. Januar 24 erneut nachgefragt.

Der Hammer

Theo Klein

Es ist traurig und ein Jammer es verfällt und verkommt der Bremecker-Hammer.

Verklungen ist der Hammerschlag und gelöscht das Feuer.

Hier wird Kultur vernichtet denn sie ist zu teuer. Ein Zeuge aus frühindustrieller Zeit, erwähnt 1753 in Lüdenscheid.

Schon einmal war er Still gelegt, wurde restauriert und gepflegt.

Heute fehlt es an der Courage, für den Kultur-ausschuss eine Blamage.

Die Kultur ist ein hohes Gut und den Bürgern erfüllt es mit Wut, wenn an anderer Stelle Geld wird verschwendet und der Bremecker-Hammer im Abriss endet.

Selbst in Europa auf der Route der Industriekultur wird der Bremecker Hammer erwähnt in maleischer Natur.

Darum erhalten wir Ihn für die nachfolgende Generation oder wollen wir enden in Spott und Hohn.

Gute Verkehrsplanung für die Verkehrswende – keine Bevorzugung von Automobilen

Die Klimakatastrophe zeigt jedes Jahr ihre Auswirkungen. Das Jahr 2023 gilt als das wärmste Jahr seit Aufzeichnung der Klimadaten. In Südeuropa gab es massive Hitze gefolgt von sturzflutartigen Regenfällen, die zu Überschwemmung und Zerstörung führten. Auch in Deutschland viel in den Herbst- und Wintermonaten Regen. Die Flüsse im Märkischen Kreis traten über die Ufer. Deiche drohten zu brechen.

Der motorisierte Verkehr hat immer noch 20% Anteil am CO₂-Ausstoß. Das Bundesverkehrsministerium hält Jahr für Jahr die gesteckten Ziele nicht ein. Das sollte dem Klimaschutzgesetz nach Konsequenzen haben – hat es aber nicht.

Neben der Klimabelastung durch den Kfz-Verkehr für dieser auch zu massiven Umwelt- und Gesundheitsschäden. Feinstäube und Reifenabriebe verteilen sich in den Stadtgebieten und auf den Feldern. Der Mensch nimmt die Schadstoffe direkt aus der Luft oder über die Nahrung auf.

Und, das Automobil verbraucht massiv viel Platz und Fläche bei gleichzeitig geringer Nutzung. Dem muss entgegen gewirkt werden. Der Kfz-Verkehr muss zurückgedrängt werden. Alternative Mobilitätsformen müssen endlich ihren Einzug finden. Im Wesentlichen sind das der Fuß- und Radverkehr sowie der öffentliche Nahverkehr. Die Menschen müssen dazu gebracht werden, die Mobilitätsformen zu nutzen.

In Lüdenscheid wurde beschlossen, dass ein Radverkehrskonzept erstellt werden soll. Die Mobilitätswende steht im Aktionsprogramm Klimaschutz. Von alledem ist bis jetzt nichts zu sehen. Radwege werden an Straßen gebaut, wo sie nicht notwendig sind. Gehwege, wie in der Knapper Straße werden



nicht in einen fußgängerfreundlichen Zustand gebracht. Die Knapper Straße ist, wie schon oft gefordert, immer noch keine Fahrradstraße. Der ÖPNV wird nicht ausgebaut, sondern sogar weiter eingeschränkt. Dabei muss diese Aufgabe jetzt angefasst werden. Radwegenetze, die eine schnellere Fortbewegung als mit dem Auto, müssen

Der Verkehrsraum muss endlich gerecht verteilt werden. Die Fehler der vergangenen Jahrzehnte gehört zurückgebaut. Die Stadt Lüdenscheid muss eine gesunde Stadt werden. Das kann mit einer echten Verkehrswende gelingen. Packen wir's an!

TUMO kommt nach Lüdenscheid

TUMO? Ist das ansteckend? – könnten Sie sich jetzt fragen und meine Antwort wäre: Ja, zumindest nach den Vorstellungen der Unterstützer. Aber was ist TUMO und warum kommt es nach Lüdenscheid?

TUMO ist Teil der sogenannten Regionale 2025 – ein Strukturprogramm, aus dem Gelder für bestimmte ausgewählte Projekte angefordert werden können. Inwiefern diese Projekte sinnvoll oder sinnlos sind, darüber streiten sich die Geister. Wie andere Städte in der Haushaltssicherung, hat sich auch in Lüdenscheid eine Mentalität eingeschlichen, nur noch das zu tun, wofür Fördermittel – bereitgestellt werden – anstatt zusammen mit anderen Kommunen mehr Geld von Bund und Land für die stetig wachsende Anzahl von Aufgaben einzufordern.

Hier sieht man auch, warum das Projekt bei den

bürgerlichen Parteien so beliebt ist, da sie voll auf Selbstlern- und Digitalkonzepte setzen, obwohl deren Nutzen weiterhin umstritten ist – ein Beispiel: Schweden steigt von digitalen Werken wieder auf analoge Schulbücher um. Ein weiteres: Der zweite PISA-Schock nach Jahren misslungener Konzepte sogenannten selbstbestimmten Lernens.

Aber lesen wir weiter: „Um möglichst viele Jugendliche in der Region zu erreichen, sollen neben dem Zentrum in Lüdenscheid auch TUMO Boxen in den Nachbarkommunen installiert werden. TUMO Boxen sind kleinere physische Lernzentren in denen die Jugendlichen die Orientierungs- und Selbstlernphase absolvieren können. Zu den weiterführenden Workshops kommen sie dann ins TUMO Zentrum nach Lüdenscheid. Durch die Boxen steigt der Impact des Zentrums und

mehr Jugendliche im ländlichen Raum werden erreicht. Die Förderung von fast 6,4 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bis 2027 steht, soll aber nur der Anfang sein. Die gegründete gemeinnützige GmbH arbeitet in dem Zeitraum daran, das „TUMO +lernfab.“-Angebot zu vertiefen. In drei Betriebsjahren könnten bis zu 2.000 Teilnehmer:innen im TUMO Zentrum und den angeschlossenen Boxen wichtige digitale Fähigkeiten erlernen, die sie für den Arbeitsmarkt der Zukunft qualifizieren. Zum einen ist das viel zu optimistisch gedacht, denn nach einem anfänglichen Boom könnte das Projekt auch genauso gut wieder einschlafen. Zum anderen ist es doch SEHR auffällig, dass hier auf die spätere Verwendbarkeit in der

Arbeitswelt wieder einmal besonderes Augenmerk gelegt wird. Menschen in diesem Land sollen nicht allseits gebildete und mündige Staatsbürger werden, die womöglich noch aufmucken, sondern schön ihre Ware Arbeitskraft dem System widmen, das sie ausbeutet. Das zeigt sich auch im letzten Abschnitt des Artikels: „Nicht zuletzt sollen Unternehmen davon profitieren, dass Kinder und Jugendliche aus der Region Berührungspunkte vor digitalen Instrumenten verlieren und solche Kompetenzen erlernen, die in der Region dringend benötigt werden.“

Alle vorangegangenen Belegungen des Ausgleichs der Bildungschancen gerade auch im digitalen Bereich, sind bei näherer Betrachtung nichts weiter als Augenwischerei und Selbsttäuschung.

Statt Altersarmut: Renten rauf!

Den Lebensstandard zu sichern und die Altersarmut zu bekämpfen war das zentrale Versprechen der gesetzlichen Rente seit ihrer Einführung. Dieses Versprechen wurde aber spätestens seit den 2000er Jahren mehrfach gebrochen. Eine Rente muss den Lebensstandard wieder sichern und zuverlässig vor Altersarmut schützen. Matthias W. Birkwald MdB ist Renten- und Alterssicherungspolitiker der Linken im Bundestag. In seinem Vortrag am 19.04.2024 um 18 Uhr wird er verdeutlichen, wie die Rente reformiert werden könnte, auf dass sie ihre ursprünglichen Versprechen wieder erfüllen möge.

19.04.2024, 18 Uhr, Linkes Zentrum, Knapper Str. 69a, Lüdenscheid



Kommentar zum Rechtsruck

Otto Ersching

Es ist unglaublich, was in letzter Zeit passiert. Die AfD gewinnt in den Umfragewerten. Viele Menschen glauben den verlogenen Propaganda, Hetze und Hass dieser Partei. Parteien, die sich demokratisch nennen, wie die CDU, stellen sich nicht gegen die verlogenen Hetzreden der AfD, sondern übernehmen in erschreckender Weise die unerträgliche Polemik gegen Geflüchtete. Es wird von „kleinen Paschas“ gesprochen, davon, dass Bürgergeld dazu führe, dass Arbeit sich nicht mehr lohnen würde. Menschen im Bürgergeldbezug werden wieder mit 100%-Sanktionen bedroht. Die aktuelle Entscheidung über die Verschärfung des Asylrechts ist ein weiterer Angriff auf das grundgesetzlich verbriefte Recht auf politisches Asyl. Die zunehmende soziale Unsicherheit, die Vernichtung oder Verlagerung in Billiglohnländer, die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln, die den Lebensstandard der arbeitenden Menschen senken und die Zunahme der Armut – das ist der Nährboden für das Erstarken der AfD.

Das ist das Ergebnis der kaputten Politik, die nicht für die Menschen gemacht wird, sondern für Konzerne und Banken, für Aktionäre, für Reiche und Superreiche. Es bewahrheitet sich wieder – nach der Weimarer Republik – vom Kapitalismus zum Faschismus ist es nicht weit.

Das Potsdamer Treffen im November letzten Jahres von Faschisten, AfD und Mitgliedern der CDU über Ausweisungen von Menschen mit Migrationshintergrund sowie Deutschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, hat dazu geführt, dass bundesweit Millionen Menschen auf die Straße gegangen sind, auch in Lüdenscheid. Alle im Rat vertretenen Parteien haben verbal diese Veranstaltungen unterstützt. Das reicht aber nicht. Notwendig ist vielmehr, eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit. Ausreichende Finanzen für Infrastruktur, Umwelt und Klimaschutz, Bildung und Gesundheit. Nur so wird der Nährboden für die Ausbreitung des faschistischen Einflusses entsorgt.

Kinderarmut bleibt – Einkommensstarke werden bevorzugt

In Deutschland lebt fast jedes vierte Kind in Armut. Im Koalitionsvertrag haben die Regierenden sich darauf geeinigt, eine Kindergrundsicherung einzuführen. Sie wird kommen, ab 2025.

Allerdings führt die Kindergrundsicherung nicht dazu, dass Kinderarmut bekämpft wird. Der Status Quo bleibt erhalten. Einzig, dass Antragsverfahren wird vereinfacht, Leistungen gebündelt.

Der Finanzminister Lindner geht sogar noch einen Schritt weiter: Der Kinderfreibetrag soll rückwirkend noch in diesem Jahr angehoben werden. Allerdings werden damit nicht alle Familien entlastet, sondern nur die, die ein sehr hohes Einkommen haben. Denn, sie bekommen über den Freibetrag mehr, als das Kindergeld ausmachen würden.

Das ist nichts anderes als eine weitere Umverteilung von unten nach oben!

Um auch in der Bekämpfung der Kinderarmut voranzukommen, muss das Kindergeld auf die Höhe des Kinderfreibetrages angehoben werden – 354,- € . Damit würde ein Ausgleich geschaffen, der zumindest Gerechtigkeit in der Entlastung von Familien verspricht. Weitere Leistungen müssen weiterhin Einkommensabhängig gezahlt werden, gebündelt, wie die Kindergrundsicherung es vorsieht.

Das Vorhaben von Lisa Paus, dafür 12 Mrd. € einzusetzen, war schon zu niedrig angesetzt. Die Vereinbarung von 6 Mrd. € ist dagegen nur der Hohn. Benötigt werden 25 Mrd. €. Das benötigte Geld muss man sich holen, durch eine Umverteilung von oben nach unten!

Gerechteres Steuersystem – Tax the rich!

Extreme Ungleichheit ist eines der Kernprobleme, das sich in den letzten Jahren erheblich verschärft hat. Während ein Großteil der Menschen die Auswirkungen von Pandemie, Inflation und Krieg schmerzhaft gespürt hat, haben die Superreichen ihren Wohlstand weiter ausgebaut. Das geht aus einer Studie hervor, welche die Entwicklungsorganisation Oxfam vor dem Start des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht hat. Der am 15.1.2024 veröffentlichte Studie liegen Daten aus verschiedenen Quellen zu Grunde. So führte Oxfam die Forbes - Schätzungen zum Vermögen von Milliardären mit Schätzungen der Bank Credit Suisse zum weltweiten Vermögen zusammen.

Demnach haben die fünf reichsten Männer der Welt (Elon Musk / Tesla, Jeff Bezos / Amazon; Larry Ellison / Oracle; Bernard Arnaud / LVMH und Warren

Buffet / Berkshire Hathaway) ihr Vermögen seit 2020 von 405 Mrd. US Dollar auf 869 Mrd. \$ mehr als verdoppelt. Damit wuchs das Vermögen dreimal schneller als die Inflation. Gleichzeitig wurden fast fünf Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent, noch ärmer und haben seit 2020 zusammen 20 Mrd. Vermögen verloren. Hinzu kommt, dass die Löhne der Arbeiter nach Oxfam nicht mit der Inflation mithalten konnten.

Im Vorwort der Studie schreibt der linke US-Senator Bernie Sanders:

„Milliardäre werden immer reicher, die Arbeiterklasse hat zu kämpfen und die Armen leben in Verzweiflung. Das ist der unglückliche Zustand der Weltwirtschaft. Niemals zuvor habe es eine solche Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen gegeben. Auch die Gier, Arroganz und Verantwortungslosigkeit seien bei-

spiello.“

Wir fordern daher eine europäische Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre, die aufgrund der wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten von EU-Land zu EU-Land etwas unterschiedlich definiert sein können.

Für Deutschland wird nun folgendes Steuermodell vorgeschlagen:

2 Prozent für Vermögen ab 5 Millionen US-Dollar
3 Prozent für Vermögen ab 50 Millionen US-Dollar
5 Prozent für Vermögen ab 1 Milliarde US-Dollar

Von dieser Vermögenssteuer wären in Deutschland nur etwas über 200.000 Personen betroffen, also nur die vermögendsten 0,24 % der Bevölkerung. Nach Oxfam – Schätzungen könnten so in Deutschland 93,6 Milliarden US-Dollar (etwa 85,2 Mrd. Euro) generiert werden.

Für Oxfam besteht auch nicht die Gefahr, dass Superreiche ins Ausland ab-

wandern. Bei einer europäischen Vermögenssteuer spielt es keine Rolle, ob vermögende Personen von einem EU-Land in ein anderes ziehen, da sie für alle EU-Länder gilt. Außerdem zeigt sich, dass nur wenige Hochvermögende das Land verlassen, wenn eine Vermögenssteuer eingeführt wird.

Spanien ist hierfür das beste Beispiel. Denn seit

Spanien 2011 eine Vermögenssteuer eingeführt hat, sind die Zahl der Steuerzahler und die Steuereinnahmen gestiegen und nicht gesunken.

Eine progressive europäische Vermögenssteuer wird – ebenso wie eine progressive Erbschaftsteuer – auch schon seit Jahren von dem französischen Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty (Professor an der Pariser Ecole de Économie und Autor des internationalen Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“) gefordert.

Diesen Forderungen schließt sich der Ortverband der Lüdenscheider Partei „die Linke“ in vollem Umfang an.

Darüber hinaus hat „die Linke“ noch zahlreiche weitere Vorschläge, welche Änderungen vorzunehmen sind, um für mehr Steuererechtigkeit zu sorgen. Hierzu werden an anderer Stelle konkrete und detaillierte Erläuterungen erfolgen.

Spitzenkandidat*innen der Partei DIE LINKE zur Europawahl am 09. Juni 2024



Martin Schirdewan

Zunehmende Ungleichheit und Armut sind die Folgen neoliberaler Politik der letzten Jahre. Das spaltet die Gesellschaft und gefährdet unsere Demokratie. Es braucht jetzt ein Umsteuern, eine Zeitenwende für Gerechtigkeit. Wer Europa will, muss es Reichen und Konzernen nehmen.

Martin Schirdewan streitet für einen radikalen Politikwechsel: für massive öffentliche Investitionen statt Kürzungspolitik, für armutsfeste Löhne und für mehr demokratische Mitbestimmung europaweit. Er will einen Klimaschutz, der den nötigen Umbau unserer Wirtschaft mit sozialer Sicherheit und einer aktiven Industriepolitik schafft. Und eine unabhängige Friedensunion, die nicht auf Aufrüstung, sondern auf Diplomatie und Verhandlungen setzt, und in der Menschenrechte für alle gelten.

Seit 2019 ist Martin Schirdewan Ko-Vorsitzender der Fraktion THE LEFT im Europäischen Parlament und setzt sich für eine EU ein, die endlich den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt. Daran möchte er als Spitzenkandidat für DIE LINKE anknüpfen und den Menschen Gehör verschaffen, die keine Lobby haben.



Carola Rackete

Die Klimakrise ist eine Herausforderung ungekannten Ausmaßes. Verursacht wurde sie durch die Konkurrenz und Profitgier der fossilen Konzerne, die auch heute mit Millionen die Politik beeinflussen. Wir wollen die Verursacher zur Verantwortung ziehen und Entscheidungen für das Gemeinwohl treffen.

Für die Industrie bedeutet das, fossile Konzerne zu vergesellschaften und gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. In der Landwirtschaft geht es darum, die Spekulation mit Böden und Essen zu stoppen, Bauern ein gutes Auskommen zu sichern und alle Menschen mit gesunden, bezahlbaren Lebensmitteln zu versorgen.

Deutschland hat historisch den vierthöchsten Treibhausgas-Ausstoß der Welt. Als Spitzenkandidatin für DIE LINKE kämpfe ich deshalb auch für einen Schuldenerlass für den globalen Süden – sowie sichere Perspektiven für Menschen, die durch die Klimakrise zur Flucht gezwungen sind.



Özlem Alev Demirel

Für gute Löhne und Arbeitsbedingungen, soziale europäische Mindeststandards, eine konsequente Friedenspolitik und gegen den Ausbau der EU zu einer Militärunion setzt Özlem Demirel sich seit ihrer Wahl ins Europäische Parlament 2019 unermüdlich ein.

Immer wieder macht sie zudem auf die durch FRONTX betriebene Militarisierung der Außengrenzen und die damit verbundene Verletzung der Menschenrechte Geflüchteter aufmerksam.



Gerhard Trabert

Armut macht krank und Krankheit macht arm. Seit Jahrzehnten ist es Gerhard Traberts wichtigstes Anliegen, diesen Missstand in die Öffentlichkeit zu tragen.

Schon seine Kindheit war mit der Erkenntnis verbunden, dass es anderen Kindern deutlich schlechter ging als ihm. Gerhard Trabert absolvierte ein Medizinstudium, das ihm durch ein Promotionsstipendium ermöglicht wurde. Nach mehreren Jahren Berufserfahrung gründete Gerhard Trabert 1997 den Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. und ist seit dem 1. Vorsitzender. Trabert war Initiator der Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“ im Bundesgesundheitsministerium. Außerdem gründete er 2003 den Verein „Flüsterpost“ zur Unterstützung von Kindern an Krebs erkrankter Eltern. Die „Ambulanz ohne Grenzen“, eine Poliklinik für nicht krankenversicherte Menschen wurde 2013 von ihm ins Leben gerufen.

Von 2005 bis 2013 war Gerhard Trabert europäischer Delegierter der Nationalen Armutskonferenz und Leiter der AG „Armut und Gesundheit“.

Am 09. Juni 2024
DIE LINKE
wählen!

Reiche drastisch besteuern – anders geht es nicht



Die Politik der Ampel Regierung in Berlin wird für Arbeiter und Angestellte, für Rentner und Bezieher von staatlichen Sozialleistungen zum Albtraum. Allen Versprechungen des Bundeskanzlers zum Trotz werden wieder einmal die kleinen Leute die anbahnende Wirtschaftskrise ausbaden müssen. Nach dem Karlsruher Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Schuldenbremse, die massive Aufrüstung der Bundeswehr, den Wirtschaftskrieg gegen Russland, die Befeuerung des Ukraine Krieges mit Waffen und Milliardenbeträgen wird, über kurz oder lang die Rechnung präsentiert.

Am Ende des Jahres knallten an der Frankfurter Börse die Sektorken. Die Profite der Konzerne konnte trotz aller Krisen enorm gesteigert werden. Vorneweg die Rüstungsschmieden wie Rheinmetall.

Grund genug, diese Spitzenverdiener steuerlich zur Kasse zu bitten. Die steuerlichen Instrumente könnten dafür geschaffen werden: Übergewinnsteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes wie zu Kanzler Kohls Zeiten wäre möglich. Umweltschädliche Subventionen könnten abgebaut und z. B. das Dienstwagenprivileg abgeschafft werden – wenn der politische Wille dafür da wäre. Ist er aber nicht.

Vielmehr sollen die Unternehmen weiter steuerlich entlastet werden. Wenn Unternehmer wie Kostal, um noch mehr Profit zu machen, die Produktion ins billigere Ausland verlagert und im Märkischen Kreis hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet, dann rührt sich kein Protest.

Herr Merz von der CDU will lieber die Ärmsten der Armen belasten. Seiner Meinung nach soll das sogenannte Bürgergeld (besser unter Hartz IV bekannt) nicht erhöht werden. Sie können ja zur Tafel gehen und wenn sie Glück haben, abgelaufene Lebensmittel im Empfang nehmen.

Wer dringend mehr Steuern zahlen sollte:		
	Vermögen im Oktober 2022*	Vermögen im Oktober 2023*
Susanne Klatten und Stefan Quandt	33,3 Mrd. €	40,5 Mrd. €
Dieter Schwarz	36,0 Mrd. €	39,5 Mrd. €
Familie Merck	31,5 Mrd. €	32,0 Mrd. €
Familie Reimann	34,0 Mrd. €	30,5 Mrd. €
Klaus-Michael Kühne	24,2 Mrd. €	28,5 Mrd. €
Familie Albrecht und Heister	26,5 Mrd. €	26,5 Mrd. €

Instagram: @bundestagsperli *Quelle: Manager-Magazin

Rechtsruck in Deutschland aufhalten

Multiple Krisen erschüttern seit Mitte 2019 die Welt und vor allem Deutschland. Zuerst die Corona-Krise, danach der Ukraine-Krieg verursachten massive Preissteigerungen, vor allem bei Lebensmittel und Energie. Die Geldbörse der Menschen wird dünner. Vor allem die Menschen mit einem geringen Einkommen merken das besonders deutlich, viele wissen nicht mehr ein und aus, keine Ahnung, wie es weitergehen kann.

Die rechtsextremistische Partei AfD nimmt die Krise auf, um ihren spalterischen Populismus zu verbreiten. Ihre Umfragewerte schnellen in die Höhe. Sie liefern allerdings keine Lösungen, sondern treten gegen Men-

Abstimmungsverhalten der AfD	
Damit ist nun endgültig bewiesen, dass die AfD definitiv nicht die Partei des kleinen Mannes ist!	
1. Höhere Freibeträge für Alleinerziehende	ABGELEHNT
2. Grundrente für 1,3 Mio Rentner*innen	ABGELEHNT
3. Streichung des Solidaritätszuschlags	ABGELEHNT
4. Einmaliger Kinderbonus von 300 Euro je Kind	ABGELEHNT
5. Mehr Geld für den „Digitalpakt Schule“	ABGELEHNT
6. Finanzielle Aufstockung des Kita-Ausbaus	ABGELEHNT
7. Mindestvergütung für Auszubildende	ABGELEHNT
8. Mehr Investition in Ganztagsbetreuung	ABGELEHNT
9. Entlastung von Geringverdienenden durch Reduzierung von Sozialversicherungsbeiträgen	ABGELEHNT
10. Mütterrente	ABGELEHNT
11. Erhöhung der Mütterrente	ABGELEHNT
12. Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, der Erziehungs- und Hinterbliebenenrente durch verlängerte Zurechnungszeiten	ABGELEHNT
13. 5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau	ABGELEHNT
14. Bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie	ABGELEHNT
15. Neue Chancen für Langzeitarbeitslose durch Lohnzuschüsse	ABGELEHNT
16. Steuerlast für Besserverdienende senken	DAFÜR
17. Besserer Schutz für Paketbot*innen durch Nachunternehmerhaftung	ABGELEHNT
18. Mehr Sicherheit für Arbeitnehmer*innen auf Abruf	ABGELEHNT
19. 25 Milliarden Überbrückung für Corona-bedingte Umsatzausfälle	ABGELEHNT
20. Mehr Unterstützung bei Corona-bedingter Pflegesituation	ABGELEHNT
21. Abschaffung von Harz-4-Sanktionen	ABGELEHNT
22. Arbeitslosengeld I abschaffen	DAFÜR
23. Erhöhung des Rentenalters	DAFÜR

schen mit Migrationshinter-

grund und Menschen, die an der Armutsgrenze oder in Armut leben, eben denen, die unter der Krise besonders zu leiden haben.

Heil will inzwischen noch mehr Leid unter den Armen streuen – 100%-Sanktionen beim Bürgergeld sind auch für ihn kein Tabuthema mehr. Der Sozialabbau nimmt mit großen Schritten Fahrt auf. Alle im Bundestag vertretenen Parteien, bis auf DIE LINKE, wandern immer weiter nach Rechts anstatt die Krisengewinner – Rüstungs-

Zwei zusätzliche Ereignisse befeuern nun den Populismus: Die dringend notwendige Erhöhung des Bürger- und Sozialgeldes und die Haushaltskrise. Seitdem wettet nicht nur die AfD gegen die finanziell schwachen Menschen. Selbst die SPD ist auf massiven Rechtskurs. So befürwortet sie eine Flüchtlingsabwehr und Arbeitsminister

konzerne, Energiekonzerne und Lebensmittelkonzerne – endlich zur Kasse zu bitten. Man kann keine Wahlen gewinnen, wenn man der rechtsextremistischen Partei AfD hinterherläuft. **DIE LINKE ist die einzige antifaschistische Partei, die im Bundestag vertreten ist.**

Klima und Ungleichheit: Die doppelte Krise

Trotz des Pariser Klimaabkommens, die eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst auf 1,5°C, begrenzt, steuert die Welt ungebremst auf eine Klimakatastrophe zu. Vor allem im globalen Süden sind die Auswirkungen jetzt schon massiv und kosten Menschenleben. Aber auch in den wirtschaftlich privilegierten Ländern macht die Klimakatastrophe bemerkbar – Dauerregen, Dürresommer, sintflutartige Überschwemmungen.

Dennoch verbrennen wir weiterhin Unmengen fossiler Brennstoffe, betreiben industrielle Landwirtschaft und brennen Wälder ab. Das verursacht weiterhin große Mengen an Treibhausgasen, die die Atmosphäre aufheizen. Derzeit bewegen wir uns auf ein plus von 2,7°C zum Ende des Jahrhunderts zu. Fast kein Land ist bereit, zum globalen Klimaschutz beizutragen – auch Deutschland nicht.

Hauptverantwortlich sind die Industrieländer, reiche und superreiche Einzelpersonen durch extremen Konsum und klimaschädliche Investitionen sowie die fossilen Konzerne, die an ihrem zerstörerischen Geschäftsmodell festhalten. Menschen in Armut und Länder des globalen Südens sind von der Klimakrise am meisten betroffen. Gleichzeitig haben sie aber kaum oder dazu beigetragen.

Die Klimafrage und die soziale Frage sind keine voneinander getrennte Themen, sondern eng miteinander verwoben. Extreme Ungleichheit und die Klimakrise verschärfen sich gegenseitig und müssen deshalb gemeinsam angegangen werden.

Die Betrachtung des CO2-Ausstosses nach Einkommen und Wohlstand zeigt

Abb. 4.1: Pro-Kopf-Emissionen nach Einkommen 2019 (Deutschland)

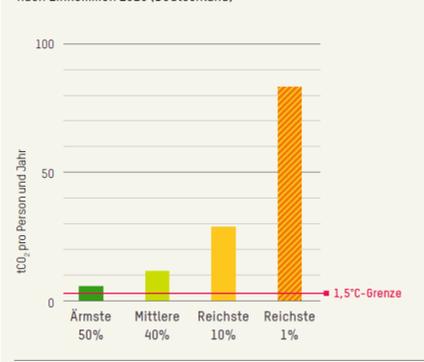
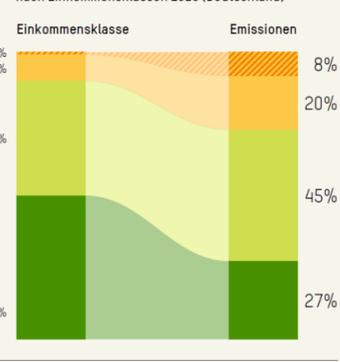


Abb. 4.2: Verteilung der Emissionen nach Einkommensklassen 2019 (Deutschland)



ein extremes Bild, sagt sie doch viel über bestehende Ungleichheiten auch innerhalb von Landesgrenzen aus. Je reicher die Menschen, desto mehr Emissionen haben sie durch häufigere Flugreisen, größere Wohnungen und insgesamt höheren Konsum zu verantworten.

Laut der Oxfam-Studie „Klima der Ungleichheit“ sind das reichste 1% der Weltbevölkerung für 16% der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich, soviel wie ärmeren die 2/3 der Weltbevölkerung (ca. 5 Mill. Menschen). In Deutschland ist das reichste 1% für 8% der Emissionen und die reichsten 10% für 28% verantwortlich, mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung in Deutschland (27%).

Einen besonders klimaschädlichen Lebensstil pflegen die Superreichen. Jeder

politischen Willen und die breite öffentliche Unterstützung. Insbesondere müssen die Bedürfnisse der Mehrheit über die Profite weniger Konzerne und ihrer Eigentümer*innen gestellt werden.

Wichtig ist, weitere Belastungen für Menschen mit geringem Einkommen zu vermeiden und vielmehr die Reichen und Superreichen in die Pflicht zu nehmen, auch finanziell.

91% der Deutschen befürworten prinzipiell einen umwelt- und klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft. 75% befürchten aber, die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert und 39% haben Angst vor dem sozialen Abstieg. Politik in Deutschland muss die Ungleichheiten in den Fokus nehmen und Klima- und Verteilungspolitik konsequent miteinander angehen.

Der Umbau der Energieversorgung hin zu Erneuerbaren muss schnell und umfassend und vor allem fair gestaltet sein. Der Umbau wird sich auf wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ebene vorteilhaft auswirken.

Reiche und Superreiche und die klimaschädliche Industrie stehen in der Pflicht, ihre immensen Emissionen drastisch zu reduzieren. Sie müssen z.B. nicht ständig fliegen, brauchen keine Privatjets, keine Yachten und keine Luxusvillen. Sie brauchen auch keine Garagen voller spritfressender Autos. Niemand ist gezwungen, in die klimaschädliche Industrie zu investieren – Geld, das schnell in die erneuerbaren Energien umgeschichtet werden kann.

Reiche und Superreiche sowie Konzerne weltweit müssen finanziell in die Pflicht genommen werden. Die immensen Vermögen auf deren Bankkonten wären mehr als genug, um die klimafreundliche Transformation zu finanzieren. Eine höhere Besteuerung dieser riesigen Vermögen könnte der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Sie könnten eine klimafreundliche Entwicklung ohne fossile Energien ermöglichen. Gleichzeitig kann damit die Schere zwischen Arm und Reich geschlossen werden.

Einige Forderungen sind:

- Eine einmalige Vermögensabgabe ab 2 Mio. EURO Vermögen (ab 5 Mio. EURO Betriebsvermögen)
- Erhebung einer Vermögenssteuer ab 1 Mio. EURO Vermögen
- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53% und ab einer Mio. Jahreseinkommen auf 75%

Friedensutopien

Rosa Luxemburg
Leipziger Volkszeitung 08. Mai 1911

Das Utopische des Standpunkts, der eine Friedensära und die Rückbildung des Militarismus in der heutigen Gesellschaft erwartet, kommt deutlich darin zum Ausdruck, dass er zur Projektmacherei Zuflucht nimmt. Es ist typisch für utopische Bestrebungen, dass sie, um ihre Realisierbarkeit zu beweisen, möglichst detaillierte „praktische“ Rezepte aushecken. Dahin gehört auch das Projekt der „Vereinigten Staaten Europas“ als Basis zur Einschränkung des internationalen Militarismus.

„Wir unterstützen“, sagte Genosse Ledebour in seiner Etatrede im Reichstag am 3. April, „alle die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die fadenscheinigen Vorwände für die unaufhörliche Kriegsrüstung zu beseitigen. Wir fordern den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss der europäischen Staaten. Ich bin fest überzeugt: Wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch auch schon früher dazu kommen, dass wir die Vereinigten Staaten von Europa erleben, wie wir heutigentags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, dass sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“

Und in der Neuen Zeit vom 28. April schreibt Genosse Kautsky:

„Und die Verwirklichung solcher Verdingungen böte noch keine Garantie für eine ständige Fortdauer des Friedens, die das Gespenst des Krieges für immer bannte. Dafür gibt es heute nur einen Weg: die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer – die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa. Gelänge dies, so wäre Ungeheures erreicht. Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Übermacht, dass sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschließen, dazu zwingen könnten, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben. Damit hörte aber auch für die neuen Vereinigten Staaten selbst jede Notwendigkeit einer Bewaffnung auf. Sie könnten nun nicht bloß auf alle weiteren Rüstungen, auf das stehende Heer, auf die Angriffswaffen zur See verzichten, deren Aufgaben wir heute schon fordern, sondern auch auf jegliches Mittel der Verteidigung, auf das Milizsystem selbst. Damit wäre die Ära des ewigen Friedens sicher begründet.“

Zunächst muss festgestellt werden, dass diese Idee jedenfalls in der Parteiagitation ganz neu ist. Weder enthält unser Minimalprogramm auch nur



Rosa Luxemburg 05.03.1871 - 15.01.1919

eine Erwähnung einer solchen Konstruktion, noch haben sich je unsre Parteitage oder internationale Kongresse damit befasst, noch ist sie auch nur in der Parteiliteratur je ernstlich diskutiert worden. Und es hat gewiss sein Missliches, wenn solche ad hoc, gewissermaßen aus dem Handgelenk geschaffenen Einfälle, die starke Züge eines Verlegenheitsprodukts an sich tragen, von der Tribüne des Parlaments offiziell im Namen der Gesamtpartei befürwortet werden. Es werden auf diese Weise nicht nur den bürgerlichen Gegnern, sondern auch in sozialistischen Kreisen im Ausland als Gedankenausdruck der deutschen Sozialdemokratie Ansichten vertreten, die schon, rein formal genommen, durchaus keinen Anspruch darauf erheben können.

So plausibel die Idee der Vereinigten Staaten Europas als einer Friedenskonvention auf den ersten Blick vielleicht manchem erscheinen mag, sie hat gleichwohl bei näherem Zusehen mit der Denkweise und den Standpunkten der Sozialdemokratie nicht das Geringste zu tun.

Als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung vertraten wir bis jetzt immer den Standpunkt, das die modernen Staaten als politische Gebilde nicht künstliche Produkte einer schöpferischen Fantasie, wie z. B. das Herzogtum Warschau napoleonischen Angedenkens, sondern historische Produkte der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Mag das Moment der dynastischen Interessen vom Mittelalter her die Grenzen und die Zusammensetzung der heutigen Staaten, wie z. B. der österreichisch-ungarischen Monarchie, noch so sehr bestimmend beeinflusst haben, die später hinzugetretene kapitalistische Entwicklung hat in dem losen Gemengsel von Ländern und Provinzen des Staates wirtschaftliche Zusammenhänge geschaffen, die gemeinsame Klassenherrschaft der Bourgeoisie hat den politischen Reifen um das Ganze gelegt. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in ihrer jetzigen Gestalt als enormes Wirtschaftsgebiet und politische Macht gleichfalls das Produkt eines Jahrhunderts kapitalistischer Entwicklung innerhalb gemeinsamer Staatsgrenzen.

Welche wirtschaftliche Grundlage liegt aber der Idee einer europäischen Staatenföderation zugrunde? Europa

ist wohl ein geografischer und in gewissen Grenzen ein kulturhistorischer Begriff. Die Vorstellung jedoch von Europa als einem Wirtschaftsganzen widerspricht zweifach der kapitalistischen Entwicklung. Einerseits bestehen innerhalb Europas unter den kapitalistischen Staaten – und solange diese existieren – die heftigsten Konkurrenzkämpfe und Gegensätze, andererseits kommen die europäischen Staaten wirtschaftlich ohne die außereuropäischen Länder gar nicht mehr aus. Als Lieferanten der Lebensmittel, Rohstoffe und Fabrikate wie als Abnehmer derselben sind die übrigen Weltteile mit Europa tausendfältig verknüpft. Bei dem heutigen Entwicklungsstadium des Weltmarkts und der Weltwirtschaft ist der Begriff von Europa als einem gesonderten Wirtschaftsganzen ein lebloses Hirngespinnst. Europa bildet ebenso wenig ein in sich zusammenhängendes besonderes Ganzes innerhalb der Weltwirtschaft wie Asien oder Amerika.

Ist die Idee des europäischen Zusammenschlusses wirtschaftlich längst überholt, so nicht minder politisch. Sie ist im Grunde genommen nur ein demokratisch aufgeputzter Abklatsch der Idee vom Konzert der europäischen Mächte, das als der bewegende Mittelpunkt, als die Zentralsonne des politischen Weltalls die Geschichte entschied. Die Zeiten aber, wo der Schwerpunkt der politischen Entwicklung und die Kristallisationsachse der kapitalistischen Gegensätze auf dem europäischen Kontinent lagen, sind längst vorbei. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts und traditionell noch bis zur Märzrevolution lag der Mittelpunkt der internationalen Politik in dem Gebiet des aufgeteilten Polens, an der deutsch-russisch-österreichischen Grenze. In den Fünfzigerjahren verschob er sich an den Bosphorus. Die Siebzigerjahre schufen mit dem Deutsch-Französischen Krieg einen neuen Schwerpunkt, um den sich der Zweibund und der Dreibund als die Pfeiler des europäischen Gleichgewichts gruppiert haben. Damals hätte die Utopie der europäischen Föderation wenigstens einen historischen Sinn gehabt. Mit den Achtzigerjahren begann aber eine ganz neue Ära der internationalen Politik – es setzten die Kolonialeroberungen mit erneuter Wucht ein, denen in den neunziger Jahren der allgemeine Wettlauf der Weltpolitik um überseeische Einflusssphären, in dem letzten Jahrzehnt das allgemeine Erwachen des Orients folgte. Heute ist Europa nur ein Glied in der wirren Kette internationaler Zusammenhänge und Gegensätze. Und was das Entscheidende: Die europäischen Gegensätze selbst spielen jetzt gar nicht mehr auf dem europäischen Kontinent, sondern in sämtlichen Weltteilen und Ozeanen.

Nur wenn man plötzlich all diese Vorgänge und Verschiebungen aus den Augen verliert und sich in die seligen Zeiten des europäischen Konzerts zurückversetzt, kann man z. B. davon reden, dass wir seit 40 Jahren einen ununterbrochenen Frieden haben. Dieser Standpunkt, für den nur die Vorgänge auf dem europäischen Kon-

tinent existieren, bemerkt gar nicht, dass wir gerade deshalb seit Jahrzehnten keinen Krieg in Europa haben, weil die internationalen Gegensätze über die engen Schranken des europäischen Kontinents ins ungemessene hinausgewachsen sind, weil europäische Fragen und Interessen jetzt auf dem Weltmeer und nicht in dem europäischen Krähwinkel ausgefochten werden.

Die „Vereinigten Staaten Europas“ sind also eine Idee, die sowohl wirtschaftlich wie politisch dem Gang der Entwicklung direkt zuwiderläuft, von den Vorgängen des letzten Vierteljahrhunderts gar keine Notiz nimmt.

Das eine mit der Entwicklungstendenz so wenig übereinstimmende Idee trotz aller radikalen Allüren im Grunde genommen keine fortschrittliche Losung abgeben kann, bewahrheitet sich auch an dem Einfall der „Vereinigten Staaten Europas“. Nicht von sozialdemokratischen Parteien, sondern von bürgerlicher Seite ist bis jetzt von Zeit zu Zeit die Idee eines europäischen Zusammenschlusses aufgeworfen worden. Dies geschah aber jedes Mal mit deutlicher reaktionärer Tendenz. Es war z. B. der bekannte Sozialistenfeind Prof. Julius Wolf, der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft propagierte. Sie bedeutete aber nichts anderes als eine Zollgemeinschaft zum handelspolitischen Kriege gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und ist auch so von sozialdemokratischer Seite aufgenommen und kritisiert worden. Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die „gelbe Gefahr“, gegen den „schwarzen Weltteil“, gegen die „minderwertigen Rassen“, kurz, es war stets eine imperialistische Missgeburt.

Und wenn wir als Sozialdemokraten jetzt versuchen sollten, diesen alten Schlauch mit neuem, scheinbar revolutionärem Wein zu füllen, so muss man sagen, dass die Konsequenz jedenfalls nicht auf unsrer, sondern auf bürgerlicher Seite wäre. Die Dinge haben eben ihre eigene, objektive Logik. Und die Losung des europäischen Zusammenschlusses kann objektiv innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wirtschaftlich einen Zollkrieg mit Amerika und politisch einen kolonialpatriotischen Rassenkampf bedeuten. Der Chinafeldzug der vereinigten europäischen Regimenter mit dem Weltfeldmarsch Waldensee an der Spitze und dem Hunnengebiet als Panier – das ist der wirkliche und fantastische, der einzig mögliche Ausdruck der „europäischen Staatenföderation“ in der heutigen Gesellschaft.

Aber sind wir überhaupt noch mit den „Vereinigten Staaten Europas“ in der kapitalistischen Welt?

Das ist das Schwierige an der Sache. Einerseits handelt es sich um eine Staatenföderation „mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer“, also wohl um eine bürgerliche Schöpfung. Und

Genosse Ledebour verlangt auch ausdrücklich von den Staatsmännern der heutigen Periode, dass sie im wohlverstandenen Interesse des Kapitalismus selbst diesen Zusammenschluss Europas vorbereiten. Andererseits aber, wenn wir nach den Verwirklichungsmöglichkeiten dieses Projekts fragen, sagt uns Genosse Kautsky, der einzige Weg dazu wäre – eine europäische Revolution. Nun ist, wie allgemein bekannt, heutzutage das Proletariat unter der Führung der Sozialdemokratie die einzige Klasse, die eine Revolution machen könnte. Die Verwirklichung der „Vereinigten Staaten Europas“, die als ein praktischer Weg zur Einschränkung des heutigen Militarismus vorgeschlagen werden, soll also einzig und allein durch den Sieg des revolutionären Proletariats, also nach der sozialen Revolution erst ermöglicht werden! Man weiß nicht, was an dieser Vorstellung mehr zu bewundern ist: die Herrschaft des sozialistischen Proletariats mit einer Bundesregierung und einem „Bundesheer“ oder die Aufforderung an die Staatsmänner der heutigen Periode, sie sollen „im wohlverstandenen Interesse des Kapitalismus selbst“ – die soziale Revolution vorbereiten.

Verrät somit die Idee des europäischen Staatenbundes selbst ihre utopische Natur durch dieses unsichere Schwanken zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt, so ist sie andererseits auch ganz unbrauchbar als Agitationslosung, zur konkreteren Vorstellung über die Grundlagen der proletarischen Politik. Die Idee der europäischen Kulturgemeinschaft ist der Gedankenwelt des klassenbewussten Proletariats völlig fremd. Nicht die europäische Solidarität, sondern die internationale Solidarität, die sämtliche Weltteile, Rassen und Völker umfasst, ist der Grundpfeiler des Sozialismus im Marxschen Sinne. Jede Teilsolidarität aber ist nicht eine Stufe zur Verwirklichung der echten Internationalität, sondern ihr Gegensatz, ihr Feind, eine Zweideutigkeit, unter der der Pferdefuß des nationalen Antagonismus hervorguckt. Ebenso wie wir stets den Pangermanismus, den Panslawismus, den Panamerikanismus als reaktionäre Ideen bekämpfen, ebenso haben wir mit der Idee des Paneuropäertums nicht das Geringste zu schaffen.

Unsre Agitatoren werden also wohl tun, bei der bevorstehenden Wahlkampagne von der so unverhofft und plötzlich hineingeworfenen Losung der „Vereinigten Staaten Europas“ keinen weiteren Gebrauch zu machen. Sie ist nur geeignet, die klaren Richtlinien unsrer internationalen Politik und unsrer revolutionären Friedenspropaganda zu trüben und zu verwässern. Wir brauchen aber auch wahrhaftig solche neuen Einfälle nicht. Unsre bisherige Auffassung hat uns bis jetzt gute Dienste geleistet, sie hat uns das Ansehen bei den Gegnern und das Vertrauen von Millionen erworben. Wir haben keinen Grund, sie durch gewagte neue „Erläuterungen“ zu vernichten.

„Das Wort sie sollen lassen stahn.“